

Aussichten für eine politische Ökonomie für alle in Europa

– EuroMemorandum 2019 –

In Gedenken an Elmar Altvater, langjähriger Unterstützer der EuroMemo Gruppe und Professor für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut in Berlin. Elmar Altvater hat über viele Jahre wesentlich zur Arbeit der EuroMemo Gruppe beigetragen und andere und innovative Perspektiven eingebracht. Er starb am 1. Mai 2018.

Zusammenfassung

Einleitung: wachsende Divergenzen

2018 ist die Wirtschaft in allen Ländern der Europäischen Union im zweiten Jahr in Folge gewachsen. Doch werden die Prognosen für 2019 angesichts ungewisser internationaler Aussichten für 2019 heruntergeschraubt: der Aufschwung in den USA wird voraussichtlich deutlich geringer ausfallen und die Verschuldung in China ist gefährlich hoch. In diesem Zusammenhang fordert die Trump-Regierung als Reaktion auf die Handelsbilanzdefizite der USA von den wichtigsten Handelspartnern eine Reduktion der Überschüsse. Während mit Kanada und Mexiko sowie mit der EU Einigungen auf geringfügigere Änderungen in den Handelsordnungen erzielt werden konnten, ist der Konflikt mit China deutlich tiefgreifender und könnte 2019 eskalieren. Hinsichtlich der Verteidigungspolitik wurden die europäischen Vorschläge, im begrenzten Umfang eigenständige militärische Kapazitäten zu entwickeln, von den USA negativ aufgenommen. Auch wenn die Zusammenarbeit zwischen der EU und Großbritannien auf dem Gebiet der Verteidigung fortgeführt werden soll, sind die Bedingungen für den für Ende März geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU in Großbritannien nach wie vor extrem umstritten. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Eurozone ist durch immer stärker werdende Divergenzen zwischen den nördlichen und südlichen Staaten gekennzeichnet. In Italien, wo es seit der Einführung des Euro praktisch kein Wachstum gegeben hat, musste die neue Regierungskoalition auf Drängen der Europäischen Kommission Abstriche in ihren ursprünglichen Haushaltsplänen machen. In vielen Ländern sind Arbeitslosigkeit und wachsende soziale Unzufriedenheit allerdings mit einer besorgniserregend stärker werdenden Unterstützung von rechtsgerichteten Parteien einhergegangen. Trotz ein paar Fortschritten in Spanien und Portugal sind die progressiven Bewegungen in Europa dagegen weiterhin schwach.

1. Makroökonomische Politik und Reformen der Wirtschafts- und Währungsunion: die Konjunktur lässt nach

Es wird erwartet, dass der Wirtschaftsaufschwung in der Eurozone und in der EU weiterhin anhält. Doch wurden die Wachstumsprognosen für 2018 und 2019 deutlich herabgesetzt. Grund dafür sind vor allem die ungünstigeren Bedingungen für die Auslandsnachfrage angesichts des langsamer werdenden Welthandelwachstums. Die geopolitische Situation, insbesondere der Handelskonflikt

zwischen den USA und China, birgt enorme Risiken für das Wachstum der weltweiten Nachfrage und damit für die Auslandsnachfrage der EU. Gleichzeitig besteht eine zunehmende Gefahr einer neuen Finanzkrise: es wurde versäumt, das weltweite Finanzsystem wieder zu regulieren, während die Verschuldung ansteigt und wachsende Vermögensblasen durch die extrem expansive Geldpolitik begünstigt werden. Der politische Konflikt rund um Italiens Haushaltsdefizit könnte Spannungen auf den Finanzmärkten hervorrufen, die schließlich zu einem Staatsbankrott in Italien, einer neuen Finanzkrise und dem Ende der Gemeinschaftswährung führen. Zu guter Letzt belastet der sehr unsichere Ausgang des Brexit die wirtschaftlichen Aussichten der EU zusätzlich.

Grundlegende langfristige Reformen sind dringend notwendig. Doch ungeachtet dessen, sollten alle aktuellen Reformvorschläge für die Eurozone pragmatisch im Hinblick auf drei Kriterien bewertet werden. Würde die Einführung des jeweiligen Plans: 1. nationale Staatsanleihen nicht der Finanzmarktspekulation aussetzen, sondern den Druck der Finanzmärkte auf sie und das Risiko eines Staatsbankrottes verringern (so z.B. Eurobonds, eine sichere Euro-Gemeinschaftsanlage, jegliche Form von Stabilisierungs- und Rettungsfonds auf europäischer Ebene); 2. die Möglichkeiten der Fiskalpolitik erweitern, sodass sie ihre Rolle als makroökonomischer Stabilisator sowohl auf der Ebene der Eurozone im Fall von symmetrischen Schocks als auch auf nationaler Ebene im Fall von asymmetrischen Schocks besser erfüllen kann und gleichzeitig zu höheren und stabileren öffentlichen Investitionen in (ökologische) Infrastruktur und Bildung und Forschung führt (so z.B. eine weitere Neuauslegung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes für mehr Spielraum, die goldene Regel der öffentlichen Investitionen, ein europäisches Investitionsprogramm, eine europäische Fiskalkapazität, jegliche Form von Stabilisator auf europäischer Ebene); 3. zum Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten und zwischen der EU und dem Rest der Welt beitragen und dabei zu einer engeren Abstimmung von regional- und industriepolitischen Maßnahmen und möglicherweise zu Transfers von den Kernländern der Eurozone in die Peripherie führen.

Angesichts der gegensätzlichen makroökonomischen Auffassungen ist es sehr unwahrscheinlich, dass Deutschland oder andere Staaten, in denen ähnliche ordoliberalen makroökonomische Ideale vorherrschen, irgendeinem wirklichen Fortschritt im Hinblick auf die makroökonomische Stabilisierung zustimmen würden, da sie darin Einschnitte in nationale Zuständigkeiten und das "no bail-out"-Prinzip sehen. Daher ist es sehr wahrscheinlich, dass jede mögliche progressive Reform mit strengen Auflagen und erheblichen weiteren Beschränkungen und Anforderungen für die nationale Fiskal- und Wirtschaftspolitik verbunden wäre, was sie letztendlich konterproduktiv macht. Somit kann von der aktuellen Reformdebatte nicht viel erwartet werden und es ist umso wichtiger, dass sichergestellt wird, dass die Geld- und Fiskalpolitik auf pragmatische und stabilisierende Weise auf den nächsten Konjunkturabschwung reagiert. Wird dies versäumt, wird die Zukunftsfähigkeit des Euro ernsthaft gefährdet.

2. Geld- und Finanzmarktpolitik: versäumte finanzielle Integration

Auch wenn die EU-Führungen der Finanzintegration weiterhin große Bedeutung beimessen, wurden in Wirklichkeit wenig Fortschritte erzielt. Wie immer wird die Stärkung von Marktprozessen durch die Projekte Bankenunion und Kapitalmarktunion als Lösung angesehen. Doch wäre der wichtigste Vorteil, den eine derartige Integration bietet, die Verteilung der Risiken. Die wirksamsten Maßnahmen zur Verteilung von Risiken über die Eurozone – makro- oder mikroökonomisch – werden allerdings vom Rat, der stark von der deutschen Regierung und anderen ähnlich denkenden Regierungen beeinflusst ist, abgelehnt.

Tatsächlich können die zentralen Schwierigkeiten nur durch einen politischen Kurswechsel und ein Umdenken in der EU überwunden werden. Daher ist der Finanzsektor der EU trotz seiner derzeitigen Stabilität durch eine Politik, die jeden Schritt in Richtung einer kohärenten und koordinierten Struktur blockiert, und einer ideologischen Feindseligkeit gegenüber der Rolle des öffentlichen

Sektors gefährdet. Ein Finanzsystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft und des Planeten dient und demokratisch organisiert und stabil ist, ist eine weit verbreitete Forderung.

3. Die Produktionsstruktur der EU: eine kurz- und mittelfristige Umgestaltung ist notwendig

Die industriellen Ungleichgewichte in der EU haben sich während und nach der großen Krise verschärft. Die Kernländer haben die Auswirkungen und Anpassungen zu einem großen Teil auf den deindustrialisierten Süden der EU geschoben. In den Kernländern und der industrialisierten zentral- und osteuropäischen Peripherie um Deutschland gelang die konjunkturelle Erholung recht schnell und war oft durch Exporte getrieben. Im deindustrialisierten Süden und Südosten der EU war die Krise tiefgreifender und langanhaltender. Die Austeritätspolitik hat die Industriestrukturen dort zusätzlich geschwächt. Die EU-Mittelmeerstaaten sind dadurch wirtschaftlich noch abhängiger vom Tourismus- und Immobiliensektor geworden.

Den ungleichen Entwicklungsstrukturen in der EU muss entgegengewirkt werden. Eine Möglichkeit dafür setzt bei den ausländischen Direktinvestitionen an. (Industrielle) Auslandsinvestitionen tragen erheblich zu ungleichen Produktionsstrukturen bei. Ein "Auslandsinvestitionen-Ausgleichsverfahren" sollte eingeführt werden. Um Investitionen räumlich wieder auszugleichen, sollte eine Abgabe, die bis zu 10% der ausländischen Direktinvestition entspricht (die Höhe der Abgabe sollte von der Größe der Investition abhängen), in einen "Ausgleichsfonds" gezahlt werden. Um eine lokale Kontrolle aufrechtzuerhalten, sollten es Regulierungen erlauben, dass zumindest in strategischen Sektoren Höchstgrenzen für den Anteil ausländischer Investitionen an Unternehmen festgesetzt werden. Spezifische industriepolitische Maßnahmen sind auf EU-, nationaler und subnationaler Ebene notwendig. Diese sollten sich besonders auf periphere Regionen und die Umstellung von ökologisch bedenklichen Industrien beziehen. Die Industriepolitik darf sich nicht hauptsächlich auf den Exportsektor richten, sondern es müssen auch inländisch fokussierte Industrien unterstützt werden. Gleichzeitig sollten regional begrenzte Produktions- und Konsumzyklen gestärkt werden. Das ist eine ökologische Notwendigkeit. Eine solche Politik stellt den "freie Kapital- und Zahlungsverkehr" des europäischen Binnenmarktes und die EU-Wettbewerbsregeln infrage.

4. Sozialpolitik in der EU und das skandinavische Modell

Zehn Jahre, nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise Europa traf, wird es immer deutlicher, dass die weit verbreiteten Spar- und Kürzungsmaßnahmen als Antwort auf die Krise Ungleichheit und soziale Ausgrenzung in Europa tief verankert haben. Gestiegene Armut und soziale Ausgrenzung sind mit einer auf Haushaltsdisziplin fokussierten Politik und damit verbundenen geldpolitischen Maßnahmen und fiskaler Austerität einhergegangen. Die Sozialpolitik ist dem vorrangigen Ziel der ausgeglichenen öffentlichen Haushalte untergeordnet worden. Dies ist vor dem Hintergrund weitreichender, allgemeiner Entwicklungen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik in ganz Europa, wie dem deutlichen Wechsel hin zur angebotsseitigen Arbeitsmarktpolitik, geschehen. Gleichzeitig werden solidarische und universelle Wohlfahrtsvorstellungen zunehmend durch intensiviertere Bedürftigkeitsprüfungen als Voraussetzung für den Bezug von Sozialleistungen untergraben. Dies gilt nicht zuletzt in Bezug auf Migrations- und Flüchtlingsgemeinschaften.

Die EuroMemo Gruppe betont, dass die Europäische Union auf Basis von politischen Rahmenbedingungen, die ein Europa der Inklusion, ökologischen Nachhaltigkeit und Solidarität fördern, funktionieren sollte. Es ist mittlerweile klarer als je zuvor, dass sozialpolitische Maßnahmen nicht nur flankierend sein können, um die schlimmsten Konsequenzen des unerbittlichen Drucks zur Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa abzumildern. Wie im vorherigen EuroMemorandum erläutert, ist eine strategische Dekommodifizierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik basierend auf Nicht-Marktprinzipien eines der übergeordneten Ziele für die Konzeption einer alternativen Politik. Das bedeutet, dass die Sozialpolitik in Richtung Gegenseitigkeit und Vertrauen neu ausgerichtet werden muss und lokale und kommunale Initiativen bewahrt werden müssen.

5. Autoritärer Populismus und die Herausforderung, in der EU wieder eine politische Ökonomie für alle zu schaffen

Eine der besorgniserregendsten Entwicklungen seit dem Ausbruch der weltweiten Finanzkrise 2007 ist das Wiedererstarken des Nationalismus und autoritären Populismus in der EU. Der rechte Nationalismus hat die öffentliche Debatte und den Grundtenor in der Politik insbesondere im Hinblick auf die Migrationsfrage immer stärker beeinflusst, wenn nicht sogar dominiert. Nationalistische Parteien konnten ihren Stimmanteil in der EU-Wählerschaft seit den frühen 2000er Jahren bis auf etwa 20% erhöhen. Sie sind in neun EU-Ländern Regierungsmitglieder (z.B. Österreich, Italien) und regieren in anderen Ländern sogar allein (z.B. Ungarn, Polen). Ihr Regierungsstil ist offensichtlich populistisch, wenn nicht sogar autoritär. Dazu zählen ein ausgeprägter (männlicher) Führungskult, Verachtung der Institutionen der repräsentativen Demokratie, insbesondere der Parlamente, Gerichte und liberalen Medien, sowie militante Kampagnen gegen Feminismus, Muslime und andere Gruppen. Im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Ideologie reichen ihre Positionen vom klarem Neoliberalismus bis hin zu einem konservativeren Nationalismus.

Die aktuelle empirische Forschung hat eine starke Korrelation zwischen krisenbedingter wirtschaftlicher Unsicherheit und der Unterstützung von autoritär-populistischen Parteien in Europa gefunden. Die für das Kleinbürgertum in der Nachkriegszeit typische Unterstützung der Parteien der politischen Mitte war in den letzten drei Jahrzehnten durch einen stetigen Rückgang gekennzeichnet. Dies gilt besonders für die Sozialdemokratie.

Dieses EuroMemorandum stützt sich auf Diskussionen und Arbeiten, die auf dem 24. Workshop zu einer alternativen Wirtschaftspolitik in Europa vom 27.–29. September 2018 in Helsinki präsentiert wurden. Der Workshop wurde von der EuroMemo Gruppe in Kooperation mit der Universität Helsinki organisiert. Die deutsche Übersetzung des EuroMemorandum 2019 entstand mit Unterstützung von transform! europe.

Für das vollständige **EuroMemorandum 2019** schreiben Sie eine E-Mail an info@euromemo.eu oder besuchen Sie unsere Webseite:

www.euromemo.eu